

Dr. des. Jörg Imran Schröter (M.A.)
Institut für Islamische Theologie und Religionspädagogik
Pädagogische Hochschule Karlsruhe

Lehrer für islamischen Religionsunterricht
an der Adolf-Reichwein-Schule in Freiburg

Hahnenkämpfe, andere Peinlichkeiten und der islamische Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Deutschland

Replik auf den Artikel von Dr. Abdel-Hakim Ourghi in der
FAZ vom 9.10.2015

Am vergangenen Donnerstag erschien in der FAZ auf der Seite "Bildungswelten" ein Artikel des aus Algerien stammenden promovierten Islamwissenschaftlers Abdel-Hakim Ourghi. Bereits der Titel "Der Islamunterricht ist eine sunnitische Veranstaltung" zeigt beispielhaft das Grundkonzept des Artikels: durch begriffliche Unschärfen werden hier Tautologien zu scheinbar klugen Bemerkungen. Der Begriff "Islamunterricht" ist nämlich völlig allgemein und kann auch Unterricht in der Moschee oder zuhause bezeichnen. Gemeint ist aber der Islamische Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Deutschland. Dieser ist in der Tat (hauptsächlich, aber nicht ausschließlich) eine "sunnitische Veranstaltung", da die Antragsteller dieses Unterricht Sunniten waren. Deshalb sind die Bildungspläne sunnitisch geprägt. Der neue Bildungsplan in Baden-Württemberg, der gerade für 2016 erarbeitet wird, trägt diesen Zusatz explizit: Islamische Religionslehre - sunnitischer Prägung. Der islamische Religionsunterricht sunnitischer Prägung ist also eine sunnitische Veranstaltung. Das ist nun keine Schlagzeile wert.

Es gibt in Baden-Württemberg, NRW und anderen Bundesländern auch Alevitischen Religionsunterricht. Dieser ist eine alevitische Veranstaltung, die von der Alevitengemeinde in Deutschland verantwortet wird, welche hier den Status einer anerkannten Religionsgemeinschaft genießt. Schiiten, die übrigens einen Anteil von weniger als 10% der Muslime in Deutschland ausmachen, haben bisher gar keine Anträge auf islamischen Religionsunterricht gestellt, wofür sie aber nach unserer Verfassung gutes Recht hätten. Das erklärt, warum Schiiten zwar im Rahmen der Bildungsfreiheit an der öffentlichen Hochschule Islamische Theologie studieren dürfen, allerdings mit der Lehrbefugnis, - man spricht hier für den Islam von "*Idjaza*" - die für einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht notwendig ist, Schwierigkeiten bekommen können. Das ist aber nicht endgültig ausgemacht. In NRW und Niedersachsen unterrichten schiitische Lehrer im islamischen Religionsunterricht, im baden-württembergischen Modellprojekt vereinzelt auch. Auf alle Fälle geht es um die noch zu verhandelnde Tragweite in der Auslegung von "Bekenntnisorientierung" und "konfessioneller Getrenntheit" oder "Ökumene", für die der christliche Religionsunterricht hierzulande einen Jahrzehnte langen Findungsprozess hinter sich hat; nicht aber um die "Bilanz einer schizophrenen muslimischen Identität" wie Ourghi sie diagnostiziert.

Für die Inhalte des Religionsunterrichts ist in Deutschland nicht der weltanschaulich neutrale Staat verantwortlich, sondern die jeweilige Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft, weshalb es keineswegs "merkwürdig" ist, dass "die Islamische Religionslehre in Deutschland ausschließlich nach sunnitischer Prägung erteilt wird", wie Ourghi meint. Dies ergibt sich schlicht und ergreifend aus einer logischen Konsequenz der rechtlichen Vorgaben in der Deutschen Verfassung und der Konfessionalität der Antragsteller auf Religionsunterricht.

Das Schulfach "Islamischer Religionsunterricht" wurde in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 als Modellversuch an ausgewählten Standorten eingeführt. Das zu studierende Erweiterungsfach "Islamische Theologie/Religionspädagogik" dient der Qualifizierung von Lehrkräften für diesen Unterricht und ist selbst kein Modellversuch, sondern Gastfach bei den Fakultäten der Geistes- und Humanwissenschaft an Pädagogischen Hochschulen und wurde dort in Karlsruhe, Ludwigsburg und Weingarten im Wintersemester 2007/08 eingeführt. Unabhängig davon kam in eigener Kooperation mit den Islamwissenschaften des Orientalischen Seminars der Universität Freiburg zum Wintersemester 2010/11 auch die Pädagogische Hochschule Freiburg dazu. Ourghi, der darin "unbestritten den Nukleus für das neue Fach „Islamische Theologie/

Religionspädagogik“ bei der Lehrerausbildung" erkennt, meint, "dieses Fach (sei) bislang nur als ein Modellversuch seit dem Schuljahr 2006/07 eingeführt", verwechselt also das schulische Unterrichtsfach mit dem Studienfach an der Hochschule, das er selbst vertritt.

Des Weiteren behauptet er: "Die sunnitische Glaubensgemeinschaft propagiert allein ihre Glaubensauffassung und verhindert damit die Etablierung eines humanistischen Islams in seiner pluralen Vielfalt." Abgesehen von der Unhaltbarkeit dieser Aussage an sich, konstruiert Ourghi einen direkten Gegensatz von "sunnitischer Glaubensauffassung" und einem "humanistischen" Islam. Es klingt beinahe so, als wäre die "sunnitische Gemeinschaft" etwas wie die grausame Terrormiliz IS, die in den Medien immer wieder irreführender Weise mit dem Attribut "sunnitisch" versehen wird.

Nun ist es sehr unpräzise, wen genau der Autor eigentlich meint, wenn er von der "sunnitischen Glaubensgemeinschaft" spricht, die es so in Deutschland - allerdings in Österreich seit 1912 - überhaupt nicht gibt. Sind hier aber die sunnitisch geprägten islamischen Verbände wie DITIB oder VIKZ (um nur die beiden größten zu nennen) gemeint, ist es - bei aller persönlichen Distanz, die ich diesen Verbänden gegenüber wahre, absolut unzulässig, diesen einen "humanistischen Islam" (was soll das eigentlich heißen?) oder "plurale Vielfalt" (ein wunderschöner Pleonasmus!) abzusprechen.

Man versteht selbstverständlich, dass sich Ourghi ganz rühmend für die innerislamische Vielfalt ins Zeug legen möchte und diese gerne auch im Islamischen Religionsunterricht und in der Islamischen Religionspädagogik abgebildet sehen möchte. Nur müsste er halt hinschauen! Wie er selbst sagt, besuchen auch schiitische Kinder den islamischen Religionsunterricht. In meinen Klassen an der Adolf-Reichwein-Schule in Freiburg sind es fast die Hälfte. Im Bereich der islamischen Theologie und Religionspädagogik an den Hochschulen sind sowohl die schiitische Theologie als auch Schiiten selbst, nicht nur unter den Studierenden, sondern auch im Lehrkörper durchaus mit vertreten. Aber Ourghi plädiert weiter engagiert dafür, dass "der Unterricht die Schüler mit den Lehren der Sunna wie der Schia vertraut machen und auch die Geschichte der innerislamischen Differenzen thematisieren sollte", was man nur fordern kann, wenn man nie in einen der gültigen Bildungspläne hineingeschaut hat. Etwa im Rahmenlehrplan von Rheinland-Pfalz (um nur ein Beispiel zu nennen) für die Sekundarstufe I ist der Themenbereich "Die Muslime und ihre Gemeinschaft" festgeschrieben, darunter als verbindlicher Inhalt "Die Spaltung der Umma: Sunniten - Schiiten".

Aber nicht nur für Schiiten bricht Ourghi eine Lanze, sondern auch für die Wissenschaft und die Wissenschaftlichkeit islamischer Theologie, welche seiner Meinung nach erst auf die Basis einer "postmodernen Erkenntnistheorie radikaler Relativierung jeglicher Rede von Wahrheitsbesitz" gestellt werden muss. Zugegeben, das klingt sehr tiefgründig, offenbart aber eine geradezu peinliche Unkenntnis philosophischer und auch islamwissenschaftlicher Diskurse der Vergangenheit und Gegenwart. Die von Ourghi sehr oberflächlich aneinandergereihten Begriffe wie "postmodern" (schon bei Foucault umstritten), "Erkenntnistheorie" (genauer wohl "Diskurstheorie") und "radikale Relativierung von Wahrheit" (also "radikaler Konstruktivismus", von dem sich die gegenwärtige Deutsche Philosophie mit Markus Gabriels Ausruf des "Neuen Realismus" gerade verabschiedet), sollen hier nicht genauer unter die Lupe genommen werden. Doch möchte ich darauf hinweisen, dass anerkannte Islamwissenschaftler gerade in der Geschichte der islamischen Theologie eine hohe "Kultur der Ambiguität" (Thomas Bauer) und einen "Pluralismus der Meinungen" (Gudrun Krämer) nachweisen konnten, und somit belegen, dass islamische Theologie *per se* "postmoderne" Züge in Ourghis Sinne hat.

Mein ehemaliger Kommilitone im Studium der Islamwissenschaften an der Universität Freiburg und nun auch PH-Kollege im Fach der "Islamischen Theologie/ Religionspädagogik", Abdel-Hakim Ourghi, der von all dem nichts weiß oder nicht wissen will, diffamiert insgesamt die "Islamischen Studien" (ein Begriff, der von dem Orientalisten Reinhard Schulze 2010 im Wissenschaftsrat um die Einrichtung islamischer theologischer Lehrstühle in Deutschland favorisiert wurde, aber sich nicht durchsetzen konnte), wenn er suggeriert, man würde bloß überkommene Lehrmeinungen weitergeben. Das Zentrum für islamische Theologie Tübingen, das Zentrum für islamische Theologie Münster, das Institut für islamische Theologie Osnabrück, das Interdisziplinäre Zentrum für Islamische Religionslehre Erlangen-Nürnberg und nicht zuletzt das Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam in Frankfurt würden sich alle mit Fug und Recht dagegen verwahren. Die klugen Ratschläge in diese Richtung, etwa sich "nicht auf die bloße Weitergabe der eigenen Lehrtradition an die nächste Generation (zu) fixieren", zeigen nur die Unkenntnis die Ourghi von all diesen Einrichtungen und ihren jeweiligen Ausrichtungen in Forschung und Lehre hat.

Die aktuelle Debatte um das Schlagwort "historisch-kritische Methode", das in Ourghis Plädoyer selbstverständlich auftaucht, kann hier nicht im vollen Umfang wiedergegeben werden. Es sei nur gesagt, dass sie gegenwärtig voll im Gang ist; übrigens insbesondere in

Frankfurt, dem islamischen Lehrstuhl, der anfänglich sogar direkt von Ankara initiiert und auch finanziert wurde.

Die Evaluation des baden-württembergischen Modellprojekts in den Jahren von 2006-2010 belegt, dass das am häufigsten genannte Herkunftsland der Eltern der Kinder im islamischen Religionsunterricht die Türkei (über 60% aller Befragten) ist. Bei aller Heterogenität der Schüler und Elternhäuser, die sich im Unterricht zeigt, ist doch die signifikant hohe Zahl der türkischstämmigen Eltern nicht zu übersehen. Sicher hat sie auch in der noch offenen Frage nach einem Ansprechpartner für den islamischen Religionsunterricht in Baden-Württemberg ein Gewicht, wobei ich selbst die Übernahme des gegenwärtigen Modellprojekts etwa durch die DITIB, die letzten Herbst im Alleingang einen Antrag auf Anerkennung als Religionsgemeinschaft gestellt hat, kritisch sehe. Allerdings hat es inzwischen eine gemeinsame Verpflichtungserklärung der Verbände in Baden-Württemberg gegeben, auf alle Fälle zusammenzuarbeiten.

Es gibt einen klaren und jeweils für sich auch klar begründbaren Unterschied von Islamischem Religionsunterricht an einer öffentlichen Schule und der "Koran-Schule" in Moscheegemeinden. Letzteres ist rechtlich gesehen gar keine Schule und gehört damit in den Bereich der freien Religionsausübung und nicht staatlicher Schulaufsicht. Islamischer Religionsunterricht hingegen schon, weshalb dort auch von Anfang an nicht auf das Auswendiglernen des Korans Wert gelegt wird, als vielmehr auf die Bildung zu religiöser Mündigkeit. Obwohl Ourghi an der PH Freiburg Lehrkräfte für den Islamischen Religionsunterricht ausbildet, verwechselt er aber offensichtlich diesen mit dem Koranunterricht, wenn er konstatiert, dass "bis heute die Tradition des islamischen Religionsunterrichts, wie er auch in deutschen Moscheen praktiziert wird, geprägt durch das Memorieren des Korans und die nicht hinterfragte Tradierung von Lehrmeinungen der klassischen Rechtsschulen (sei)" oder auch "die islamische Religionslehre nicht die Aufgabe (habe), einen synoptischen Katalog von Erlaubtem und Verbotenem laut der vier sunnitischen Rechtsschulen zu vermitteln", was jedem klar ist, der sich nur einmal einen islamischen Religionsunterricht an der öffentlichen Schule angeschaut hat, wozu Ourghi wohl leider auch im vierten Jahr seiner Lehrtätigkeit nicht gehört. Er plädiert lieber blind für eine "korrelative Theologie", während andere islamische Wissenschaftler erst einmal dafür die theoretische Grundlage schaffen.

Auch wenn die Aufzählung der Patzer in Ourghis Artikel schon ermüdend wirkt, gibt es doch noch eine Steigerung: Am Ende der zweiten Spalte schreibt Ourghi: "Dazu kommt, dass

Muslime arabischer Herkunft jegliche Repräsentanz durch die türkischen Dachverbände ablehnen, da diese die in der Türkei übliche hanafitische Rechtsschule in Deutschland durchsetzen wollen." Der promovierte Islamwissenschaftler formuliert hier einen sachlich falschen Gegensatz von "Muslimen arabischer Herkunft" und der "hanafitischen Rechtsschule", als gäbe es keine Araber, die dieser weltweit größten Rechtsschule angehörten. Abgesehen davon wird eine Ablehnung der türkischen Dachverbände von arabischen Muslimen - so generell kann man das sowieso nicht behaupten - im Einzelfall eher nationalistische oder sprachliche Gründe haben, als dass es dabei um eine Frage der Rechtsschule ginge, da ja im sunnitischen Islam, unabhängig von der eigenen Zugehörigkeit, alle vier Rechtsschulen gleichermaßen volle Anerkennung genießen.

Dann kommt Ourghi auf Mouhanad Khorchide, den Leiter des Zentrums für Islamische Theologie in Münster und Professor für Islamische Religionspädagogik, zu sprechen, dem er *en passant* abspricht, Islamwissenschaftler oder Theologe zu sein: Ein Hahnenkampf, den Ourghi unbelehrbar schon zum wiederholten Male führt. Man erinnert sich noch an die Plagiatsvorwürfe von Ourghi, die er Khorchide gegenüber öffentlich ausgesprochen hatte, aber dann mit einem ziemlich kleinlauten Rückzieher in keiner Weise belegen wollte. Bereits kurz nach seinem Stellenantritt an der PH Freiburg trat Ourghi auch schon zu dieser Art Hahnenkampf an, den er mit Bülent Ucar, Professor für Islamische Theologie in Osnabrück, führen wollte, indem er in einer islamwissenschaftlichen Rezension die wissenschaftlichen Veröffentlichungen Ucars in Frage stellte.

Wenn man – wie Ourghi – selber weder Theologe noch Pädagoge ist, aber als Leiter des Instituts der islamischen Theologie und Religionspädagogik an einer Pädagogischen Hochschule gleichsam selbst im Glashaus sitzt, sollte man nicht, zumindest nicht wiederholt, mit Steinen werfen!

Die Verbandsschelte, die Ourghi betreibt, übergehe ich bewusst, weil ich der Meinung bin, dass die "unzähligen türkisch-sunnitischen Dachverbände", die es angeblich gibt und in der Vertretungsfrage der Muslime so zerstritten seien, für sich selber sprechen können; oder zumindest einer oder zwei der maximal vorhandenen fünf. Als Fazit seiner Verbandsschelte attestiert Dr. Ourghi: "Zweifelsohne leiden die türkischen Verbände unter einer schizophrenen Identität." Ausdrücklich: ich möchte hier nicht die türkischen Verbände verteidigen - es läßt sich an ihnen in der Tat einiges kritisieren - aber jemand, der wie Ourghi eine "postmoderne Erkenntnistheorie radikaler Relativierung jeglicher Rede von

Wahrheitsbesitz" propagiert und Wissenschaftlichkeit beansprucht, sollte nichts einfach pauschal und "zweifelsohne" behaupten.

Zum Ende hin wird Ourghi auch noch zum prophetischen Warner, indem er uns alarmiert: "Der Staat begeht einen Fehler, wenn er die muslimischen Dachverbände mit den kirchlichen Vertretern der Katholiken und Protestanten gleich zu behandeln versucht" und schlägt als "Lösung für die Etablierung eines dialogfähigen Islams (...) die Gründung eines bundesweiten islamischen Gremiums aus renommierten muslimischen Persönlichkeiten, in dem sowohl Sunniten als auch Schiiten und andere muslimische Gruppen vertreten sind" vor. Nur bedenkt Ourghi offensichtlich nicht, dass Schule und auch Hochschule in Deutschland dem Föderalismus unterliegen, weshalb sich sein Lösungsvorschlag eines "bundesweiten Gremiums" schon deshalb für diese beiden neuralgischen Bereiche erübrigt; abgesehen davon, dass es ein solches Gremium mit der Deutschen Islamkonferenz und dem daraus gegründeten Koordinierungsrat der Muslime bereits gibt.

Mit dem letzten Satz seines Artikels schießt der Autor endgültig den Vogel ab. Er schlägt vor, dass der deutsche Staat selbst die muslimischen Vertreter benennt, mit denen er reden möchte, und schließt: „Übrigens ist dies genau die Praxis in den meisten muslimischen Ländern, wo sich der Staat seine Gesprächspartner in Sachen Religion selbst aussucht." Die in Deutschland mit unserer schwierigen Geschichte belastete, aber deshalb umso wichtigere staatliche Neutralität in Sachen der Religion und Weltanschauung soll aufgegeben werden, um es Staaten nachzuahmen, die hierbei einen totalitären Umgang pflegen?

Bitte genau das nicht!